

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Günther bleibt Perspektive für den Ostseeraum schuldig
- Krankenhausplanung: Die Weichen für die Versorgung müssen neu ausgerichtet werden
- Jamaikas Uneinigkeit schadet dem Land
- Die Situation in der Geburtshilfe ist eine Katastrophe

Ostseekooperation:

Günther bleibt Perspektiven für den Ostseeraum schuldig

Die Ostseekooperation hatte für Schleswig-Holstein schon immer einen hohen Stellenwert. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir die Entwicklung der heutigen Strukturen der Ostseekooperation entscheidend mitgeprägt. Doch wie nutzt die Landesregierung die sich daraus ergebenden Chancen? Dazu sollte im Oktober-Plenum eine Regierungserklärung (Drs. 19/3350) Antworten liefern – eigentlich. Die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli, erklärt dazu:

„Björn Engholm hat bereits 1988 die Vision der Ostsee als einer „Region einer aufblühenden wirtschaftlichen und kulturellen Begegnung“ beschrieben. Dieser Tradition fühlen wir uns verbunden. Heide Simonis hat die integrierte Meerespolitik für Schleswig-Holstein entwickelt und zu einem der bis heute wichtigen Themen der Ostseekooperation gemacht; während der Küstenkoalition hat die Landesregierung unter Ministerin Anke Spoorendonk die Federführung für den Bereich Kultur bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie übernommen. Die Jamaika-Koalition steht damit also in der Tradition der vorherigen Landesregierungen.

Politik im Ostseeraum ist auch maritime Infrastrukturpolitik. In diesem Zusammenhang sind Hafenstandorte mit ihren jeweiligen Stärken kooperativ zu betreiben. Es nützt nichts, wenn Werften und Häfen unter dem internationalen Konkurrenzdruck in die Insolvenz getrieben werden. Es gilt, die Stärken einer intensiven und klugen Zusammenarbeit unter den Ostsee-Anrainern und ihren Hafenstandorten hervorzuheben.



„Bisher haben wir von der Landeregierung noch nicht so viel gehört, was die Vision für eine aus unserer Sicht notwendige Weiterentwicklung der Ostseekooperation angeht!“

Wenn wir die Umwelt der Ostsee betrachten, ist ein wichtiger Aspekt der Umgang mit den Munitionsaltlasten im Meer. Sie haben es angesprochen. Nicht nur die SPD-Landtagsfraktion verfolgt das Thema seit Jahren intensiv. Zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion haben wir uns in den letzten beiden Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Thema über die Resolutionen der Ostseeparlamentarier-Konferenz vorangebracht und hier noch stärker mit den Anrainern zusammengearbeitet wird. Schleswig-Holstein ist besonders betroffen von Munitionsaltlasten im Meer. Wir tragen die Verantwortung in der Gegenwart, die schrecklichen Folgen der Vergangenheit zu beseitigen und den Weg für eine Zukunft ohne Munitionsaltlasten zu ebnen.

Die Ostseeregion ist nicht nur eine wissens- und innovationsorientierte Region und Vorreiter, wenn es um den Schutz der Meeresumwelt geht. Sie ist auch eine Modellregion für Kooperation, für Frieden und für Sicherheit in Europa. Das Besondere der Ostseekooperation ist, dass Russland aktiver Partner in der Zusammenarbeit ist und in alle Strukturen und Gremien aktiv und als gleichberechtigtes Mitglied mit eingebunden ist. Die Einbindung über derlei Kooperationsformate bekommt eine umso größere Bedeutung in Zeiten, in denen die Spannungen wieder zugenommen haben. Menschen an der Grenze zu Russland sind nicht ohne Grund in Sorge in Anbetracht neuer Aufrüstungsrhetorik und Militärpräsenz. Das gilt aber genau so für die andere Seite, insbesondere in der Exklave Kaliningrad.

In Polen müssen wir beobachten, wie rechtsstaatliche Prinzipien ausgehöhlt werden. Dafür, dass die EU nun Sanktionen ins Spiel bringt, bedurfte es von unserer Seite aus sehr viel Druck. Belarus nutzt das Leid geflüchteter Menschen, um Druck auf Europa auszuüben. Das sind alles Entwicklungen, die die Länder in der Ostseekooperation belasten und Beziehungen auf die Probe stellen.

Die SPD-Fraktion begrüßt daher grundsätzlich das Anliegen der Landesregierung, sich der Ostseekooperation zu widmen. Bisher haben wir von der Landesregierung jedoch noch nicht so viel gehört, was die Vision für eine aus unserer Sicht notwendige Weiterentwicklung der Ostseekooperation angeht. Der Ministerpräsident zählte überwiegend auf, was es schon gibt. Wir also müssen festhalten: Ein Herzensthema war Daniel Günther die Ostseekooperation bisher nicht. Jetzt zum Ende der Legislatur bringt er einen Aufschlag in das Parlament. Wäre ihm das Thema wirklich wichtig, hätte er schon viel früher gehandelt.“

Krankenhauslandschaft:

Krankenhausplanung: Die Weichen für die Versorgung müssen neu ausgerichtet werden

Von Zeit zu Zeit müssen wir über die Krankenhausplanung neu nachdenken. Diese Zeit ist genau jetzt, meint der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bernd Heinemann, und hat deshalb zu diesem Thema einen Berichtsantrag (Drs. 19/3336) in den Landtag eingebracht. Er erklärt dazu:

„Die Rahmenbedingungen der stationären Versorgung ändern sich laufend, besonders in dieser Corona-Pandemie ist das nun deutlich geworden. Zum einen gehen in den letzten zwei Jahren immer weniger Menschen für eine nicht erkennbar dringende Operation in die stationäre Versorgung, zum anderen waren Intensivbetten zeitweise Mangelware und die Versorgung der Covid-Erkrankten hoch komplex. Zudem hat sich die technische Ausstattung auch in der ambulanten Versorgung massiv modernisiert. Die Telemedizin schreitet voran und es ist das Gebot der Stunde, dass man nahe seinem Wohnort einen Anspruch auf gute medizinische Versorgung erhebt.

„Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Krankenhausversorgung immer ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge!“

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Krankenhausversorgung immer ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Umgekehrt haben wir unsere weiter erhöhte Lebenserwartung besonders den Maximalversorgern, die wir mit hohem Aufwand qualifiziert ausgestattet haben, mit ihrer hohen Leistungskraft zu verdanken. Das UKSH zählt aktuell laut Fokus-Barometer zu den besten drei Kliniken in Deutschland. Schleswig-Holstein steht auf dem Treppchen der Gesundheitsversorgung – nicht zuletzt dank der Küstenkoalition. Gerade sind wir nun dabei genauer hinzusehen, wenn die Menschen mit den Füßen abstimmen, Insolvenzen drohen oder schlicht das Fachpersonal fehlt bzw. geht. Einige Krankenhäuser im Land kommen wie gesagt



zunehmend in gefährliches Fahrwasser oder müssen erneuert und ausgebaut werden. Es gibt viel Bewegung in der Krankenhauslandschaft und es müssen in der nächsten Zeit die Weichen für die Versorgung neu ausgerichtet werden.

Es ist wichtig, dass wir gemeinsam den Blick weit in die Zukunft richten. Es ist an der Zeit, die Entwicklung der Krankenhauslandschaft, die Weiterentwicklung der Krankenhausplanung und das Mitdenken moderner ambulanter Versorgung zur Überwindung der Sektoren zu nutzen. Ein Krankenhausplan der Zukunft muss die Ausgewogenheit der stationären Versorgung und die Möglichkeiten modernster Technik, Telemedizin, Notfallversorgung schon im Rettungswagen und in jedem Zielkrankenhaus mit der ambulanten Optimierung im Blick haben. Ein Krankenhaus funktioniert nicht ohne Menschen. Wir brauchen modern aufgestellte Krankenhäuser mit guten Arbeitsbedingungen. Nur so haben wir das nötige Fachpersonal. Genügend Zeit und ein Personalbemessungsschlüssel sind in diesem Zusammenhang wichtige Forderungen von uns.“

Landesentwicklungsplan:

Jamaikas Uneinigkeit schadet dem Land

Der Landesentwicklungsplan (LEP) legt für 10 – 15 Jahre die Ziele und Grundsätze fest, nach denen die räumliche Entwicklung des Landes erfolgen soll. Öffentliche Stellen – auch die Kommunen – sind verpflichtet, die festgelegten Ziele der Raumordnung zu beachten und in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen. Dieses für die Menschen so wichtige Instrument muss den neuen Entwicklungen angepasst werden. Zu diesem Thema ergriff für die SPD-Fraktion die Sprecherin für Landesplanung, Kirsten Eickhoff-Weber, im Parlament das Wort:

„Das Land hat über den LEP und die daraus abzuleitenden Regionalpläne erheblichen Einfluss auf die Entwicklungen im Land – von der Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung über den Rohstoffabbau, den Ausbau erneuerbarer Energien, den Klima- und Naturschutz, den Küsten- und Hochwasserschutz bis hin zu Verkehrswegen und -strömen.

Der LEP ist also eigentlich das Instrument, mit dem das Land die vielen großen strategischen Zielkonflikte, die wir sowohl wirtschaftlich als auch beim Klimaschutz, bei der Konkurrenz um die Flächen und in der Frage, wie wir SH für die Zukunft aufstellen wollen, lösen müssen. Wenn Jamaika nicht den Mut hat, diese Konflikte auf Landesebene zu lösen, gefährdet die Landesregierung den gesellschaftlichen Zusammenhalt. CDU, FDP und Grüne springen zu kurz, wenn sie die schwierigen Fragen entweder auf die Kommunen verschieben oder in unzusammenhängenden Diskussionen und einzelnen Fachplanungen begraben.

Mit dem vorgelegten Raumordnungsplan ist die Landesregierung in der Verantwortung, Konflikte zu identifizieren und Lösungen zum Wohle des Landes aufzuzeigen. Das ist der Anspruch. Dieser LEP hat seinen Ausgangspunkt in der Diskussion um eine Landesentwicklungsstrategie in der Küstenkoalition. Sie wurde mit einem breiten Beteiligungsverfahren unter Einbindung vieler gesellschaftlicher Akteure, mit den Bürgerinnen und Bürgern auf den Weg gebracht. Landesentwicklung braucht nämlich eine Bündelung der Kräfte und deren Ausrichtung auf gemeinsame Ziele.

„Offensichtlich verfolgen die Koalitionspartner in den wesentlichen Zukunftsfragen keine gemeinsame Linie und können nur Minimalkompromisse erzielen!“

Eigentlich – so steht es im Koalitionsvertrag – sollte die Landesentwicklungsstrategie (LES) finalisiert werden, um dann daraus den Landesentwicklungsplan zu entwickeln. Dieses Vorhaben hat Jamaika über Bord geworfen. Teile der LES wurden übernommen, aber was haben CDU, FDP und Grüne daraus gemacht? Offensichtlich verfolgen die Koalitionspartner in den wesentlichen Zukunftsfragen keine gemeinsame Linie und können nur Minimalkompromisse erzielen. Frei nach dem Motto „Mittelmäßigkeit verhindert jeden Streit“ werden Konflikte umschiff, aber nicht aufgelöst. Diese Landesregierung ist nicht bereit, eine zentrale Steuerungsfunktion bei der Landesentwicklung wahrzunehmen.“

Geburtshilfe:

Die Situation in der Geburtshilfe ist eine Katastrophe

Die Situation für Hebammen war schon vor Corona schwierig. Die Pandemie hat diese zusätzlich verschärft. Wie sieht es derzeit konkret aus? Das ließ sich die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls, von der Regierung berichten (Drs. 19/2324). Sie erklärt dazu:

„Eigentlich haben wir genug ausgebildete Hebammen im Land, aber sie arbeiten angesichts der erheblichen Belastung kaum in Vollzeit, gehen scharenweise aus der klinischen Versorgung heraus, bieten evtl. selbstständige Leistungen an oder verlassen den Beruf ganz. Eine riesige Erschöpfungswelle bei den Hebammen zieht sich durchs Land, die sich durch die Corona-Situation noch zusätzlich aufgebäumt hat. Es fehlt überall an Personal. Die Hebammen müssen in den Kreißsälen zum Teil mehrere Frauen gleichzeitig versorgen, eine Rufbereitschaft ist oft nicht mehr zu organisieren. Mit frauenorientierter Entbindung haben diese Situationen nichts mehr zu tun.“

Vor kurzem erhielt ich einen Anruf eines frisch gebackenen Vaters aus Bergenhusen, der seit Wochen versucht eine Hebamme für die Nachsorge zu bekommen. Diese Familie ist mit dem Problem nicht alleine. Es ist keine Selbstverständlichkeit mehr, eine Hebamme für Vorbereitungskurse, eine evtl. gewünschte Hausgeburt, die Begleitung in einen Kreißsaal oder für die Nachsorge zu bekommen.

Seit 2019 stehen 35 Studienplätze in Schleswig-Holstein zur Verfügung. Im Wintersemester konnten für 33 Studienplätze Kliniken aus Schleswig-Holstein gefunden werden, die bereit waren, die Aufgabe der verantwortlichen Praxiseinrichtung zu übernehmen. Die verbleibenden zwei Studienplätze hat die Universität in Kooperation mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern vergeben. Die Frage ist, reichen 35 Studienplätze aus, um die Versorgung in Zukunft zu sichern? Warum können wir nicht alle 35 Studienplätze im Land auch nutzen?

„Eine riesige Erschöpfungswelle bei den Hebammen zieht sich durchs Land, die sich durch die Corona-Situation noch zusätzlich aufgebäumt hat!“

Jede Geburtssituation, aber besonders die Akut-Aufnahme und Behandlung einer Schwangeren, stellte ein weiteres Risiko dar – evtl. auch des Partners, denn sie erfolgte ohne grundsätzliche Kenntnis des Infektionsstatus. Gleichzeitig wurden die Hebammen in der Zeit der Impf-Priorisierung erst nachrangig und in Verordnungen oft nicht oder nur auf Nachfrage berücksichtigt. Gesundheitsämter fühlen sich nicht zuständig bzw. wissen gar nicht, wie viele und wo Hebammen in ihrem Zuständigkeitsradius tätig sind. Zeitweise gab es sogar Kontaktverbote zwischen Hebammen und Müttern, was besonders schwer wiegt, wenn der Kreißsaal einen Aufnahmestopp verhängt, wie z.B. in Husum geschehen. Trotz der Sondervereinbarungen deckten die zeitlich befristeten Zuschläge den zusätzlichen finanziellen Aufwand für Schutzausrüstung mitnichten die tatsächlichen Ausgaben. Von den sowieso ungerechten Bonuszahlungen haben die meisten Hebammen nur gehört.

Ein weiteres Problem ist das fehlende Personal auf den Kinderintensivstationen, das ebenfalls zu Engpässen und Dauerbelastung führt. All das braucht unsere Aufmerksamkeit, wenn wir den Kindern einen sicheren Weg ins Leben organisieren wollen.“

Personelle Veränderungen in der Fraktion:

Kathrin Bockey geht, Katrin Fedrowitz kommt!

Kathrin Bockey wurde zur Bürgermeisterin im niedersächsischen Elbmarsch gewählt und schied mit 31.10.2021 aus dem Landtag aus. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende, Serpil Midyatli:

„Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass es Kathrin Bockey gelungen ist, die Bürgermeisterdirektwahl in ihrer alten Heimat Elbmarsch für sich zu entscheiden. Selbstverständlich sehe ich den Weggang von Kathrin Bockey auch mit weinendem Auge. Sie war als Kriminalbeamtin eine hochkompetente sowie allseits anerkannte polizeipolitische Sprecherin, der auch aus ihrer beruflichen Erfahrung heraus der Gewaltschutz von Frauen immer ein besonderes Anliegen war.

Aufgewachsen in Niedersachsen, als Hamburger Polizistin, in Schleswig-Holstein lebend und als ehemalige Geesthachter Fraktionsvorsitzende auch noch eine fundierte kommunalpolitische Basis mitbringend, verliert die Fraktion zudem eine Frau, die allein durch ihren Lebenslauf für eine Verflochtenheit mit der Metropolregion steht, die sich selten findet. Wir wünschen Kathrin Bockey alles Gute und viel Erfolg und sind uns sicher, dass wir noch viel von der kompetenten und bürgernahen Bürgermeisterin aus Elbmarsch hören werden.“

Katrin Fedrowitz rückte für Ralf Stegner in den Landtag nach. Die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli, hieß sie für die SPD-Fraktion herzlich willkommen:

„Im Namen meiner Fraktion begrüße ich herzlich unsere neue Abgeordnete Katrin Fedrowitz, die für Ralf Stegner nachrückt. Die Norderstedterin und Bürovorsteherin im Rechtsanwalts- und Notarfach war bereits von 2016 bis 2017 Abgeordnete unserer Fraktion – damals noch in der SPD-geführten Küstenkoalition mit Ministerpräsident Torsten Albig. Wir freuen uns außerordentlich, dass mit der Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Norderstedt und des Kreisverbandes Segeberg eine so erfahrene Politikerin wieder in unseren Reihen Platz nimmt. Immer mit dem Ziel vor Augen, das Leben der Menschen in unserem Land zu verbessern, war und ist Katrin Fedrowitz neben umfangreichen Tätigkeiten als Kommunalpolitikerin auch hoch engagiert in diversen Ehrenämtern. Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit mit ihr!“

Impressum

Herausgeberin	SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher	Heimo Zwischenberger
Layout	Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD **FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN**